

⇒ Hans-Jürgen Marcus

Soziale Exklusion

Erfahrung und Thema in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden?!

Klientinnen in den Schwangerenberatungen kommen immer häufiger in die Beratungsstellen, weil sie die Mietkaution nicht bezahlen können; Menschen in der Allgemeinen Lebens- und Sozialberatung sind verzweifelt, weil sie unter Druck gesetzt werden, sich eine kleinere Wohnung zu suchen; die Nachfrage nach Schuldnerberatung boomt; Angebote zur medizinischen Versorgung von nicht krankenversicherten Migrantinnen und Migranten werden geschaffen; Mittagstische und Tafeln expandieren bzw. entstehen neu und längst todegeglaubte Kleiderkammern steigern kontinuierlich die Zahlen ihrer Klienten. Der neue »Verkaufsschlager«: Schulranzen und Schulmaterial! So oder ähnlich drängt sich das Armutsthema in die (kirchlichen) Wohlfahrtsverbände.

Aber, welche Armen kommen überhaupt in den sozialen Diensten und Einrichtungen an und welche nicht? Man kann fragen, ob nicht eine Gruppe von Armen, diejenige, die am stärksten von Exklusion betroffen ist, nur schwerlich Zugang zu den Beratungsdiensten und Initiativen findet. Ist es nicht gerade ein Kriterium gesellschaftlicher Exklusion, dass ausgegrenzte Menschen keinen Zugang zu den sozialen Diensten haben? Und was bedeutet das für die kirchlichen Wohlfahrtsverbände? Welche Projekte und Dienste haben eigentlich Zugang zur Gruppe der Menschen in

extremer Armut? Und welche Rolle spielen die Mitarbeiterinnen und Akteure aus diesen Handlungsfeldern in den Verbänden? Jenseits der unseligen Debatte über Prekariat und/oder soziale Unterschicht

Hans-Jürgen Marcus, 1958 in Westerkotten, Dr.(phil), Studium der Kath. Theologie und Pädagogik in Münster, Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Hildesheim, von 2004 – 2007 Sprecher der Nationalen Armutskonferenz. Neuere Veröffentlichungen: Unterwegs zwischen Scylla und Charybdis – die Caritas zwischen Kirchen- und Sozialstaatskrise, in: Manderscheid, Hejo; Hake, Joachim (Hg.): Wie viel Caritas braucht die Kirche – wie viel Kirche braucht die Caritas?, Stuttgart, 2006, 95-106; Armut in Deutschland, in: Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes Nr. 56: Armutsfestigkeit sozialer Sicherung, Berlin 2007, 7-17.

sind dies Fragen, an denen wohlfahrtsverbandliche Praxis genauso wenig vorbeigehen kann wie deren sozialetische Reflexion. Vielen dieser Menschen fällt es schwer, ihre berechtigten Ansprüche auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II anzumelden und durchzusetzen. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht davon aus, dass auf drei Sozialhilfeempfänger noch einmal 1,5 bis 2 Sozialhilfeberechtigte kommen, die ihren Anspruch nicht geltend machen. So geht auch die Denkschrift der EKD »Gerechte Teilhabe« davon aus, dass Menschen dann in extremer Armut leben, wenn sie ihre Ansprüche auf Sozialhilfe oder ALG II nicht selbständig geltend machen können. Maßgeblich dafür sind etwa: Arbeits- und Wohnungslosigkeit, Einkommensarmut, Überschuldung, mangelnde Bildung, Drogenmissbrauch, Straffälligkeit sowie Krankheit.

Die Wohlfahrtsverbände haben sich in den vergangenen Jahren in ihrer Dienstleistungsfunktion erfolgreich modernisiert. In den Beiträgen des kleinen Tagungsbandes »Wie viel Caritas braucht die Kirche – wie viel Kirche braucht die Caritas?« (Manderscheid; Hake 2006) wird das eindrucksvoll illustriert. Sie sind im härter werdenden Wettbewerb durchaus erfolgreich. Auch die wertbezogene Dimension ist – wie Norbert Wohlfahrt (2005) gezeigt hat – immer mehr in den Blick geraten. Dabei fällt auf, dass diese wertbezogene Dimension derzeit sehr stark in eine advokatorische bzw. anwaltschaftliche Richtung interpretiert wird. Caritas und Diakonie begreifen sich als Anwälte, als »Stimme der Armen«. So richtig und wichtig diese Aufgabe ist, lässt sie doch auch kritische Fragen aufkommen: Anwälte werden für ihre Arbeit bezahlt und ihre Professionalität gründet gerade darauf, dass sie sich nicht zu sehr mit ihren Klienten und deren Anliegen identifizieren. Anwälte reden vor Gericht lieber selber als dass sie ihre Klienten zu ausführlich zu Wort kommen lassen. Für negative Folgen ihrer Handlungen haben sie eine ordentliche Versicherung.

Wenn sich das Prekariat gerade dadurch auszeichnet, dass es kaum oder keine Zugänge zu den sozialen Diensten hat, erhöht sich die Problematik eines anwaltschaftlichen Selbstverständ-

nisses. Wer erteilt hier welches Mandat? Ansätze einer Weiterentwicklung der wertbezogenen Dimension der Verbände müssen an diesem Punkt ansetzen. So steht eine kritische Debatte um den Anwaltsbegriff und die damit bezeichnete Funktion der Wohlfahrtsverbände aus. Die Frage stellt sich, welche Berührungsflächen Caritas und Diakonie mit Menschen haben, die von sozialer Exklusion betroffen sind, welchen Raum sie solchen Menschen bieten, sich zu treffen und zu organisieren und wohl auch, welchen Stellenwert die Mitarbeitenden in den (wenigen) Projekten, die mit diesen Zielgruppen arbeiten, in den Verbänden spielen.

Die Sozialethik könnte die Verbände dadurch unterstützen, dass sie diese Zusammenhänge sorgfältig reflektiert und ins Gespräch mit den Verbänden bringt. Dass das eine Einmischung der Wissenschaft sein dürfte, die bei den Verbandsleitungen nicht nur auf Begeisterung stößt, kann dabei kein Hinderungsgrund sein. Aber vielleicht ist die Sozialethik selber doch sehr weit weg von solchen Themen? Das Armutsthema stand in den letzten Jahren nicht oben auf der Agenda der Sozialethikerinnen und Sozialethiker. Dabei muss man doch sagen: Armut ist in Deutschland zum Thema geworden! Gab es bis zum Ende der Kohlära in Deutschland stets die offizielle Doktrin, dass Armut sicher ein Problem in der Welt, vielleicht auch in einigen Ländern Europas, aber sicher kein deutsches sei, so hat sich dies in den letzten 10 Jahren grundlegend geändert. Durch den Druck aus Armutsuntersuchungen der Wohlfahrtsverbände, durch viele Initiativen und Projekte aber auch durch die Entscheidung für Armuts- und Reichtumsberichte oder andere Formen der Sozialberichterstattung auf Bundes- und Landesebene geriet das Thema in den Fokus von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Natürlich hat sich das Armutsthema nicht nur durch eine bessere wissenschaftliche Aufarbeitung, oder durch eine erhöhte gesellschaftliche Aufmerksamkeit sondern zentral durch eine massive Veränderung der Lebenslagen von eher marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen in den Vordergrund gespielt.

Die Armutsforschung hat in den letzten Jahren erheblich von der gesellschaftlichen Konjunktur der Armutsdebatte und der dahinterliegenden Armutsproduktion profitiert. Armutsforscherinnen und -forscher sind gefragt und werden gehört: auf Kongressen und bei Fachgesprächen, in den Wohlfahrtsverbänden und sogar in der Politik. Die Marginalisierung der Armen begünstigte die Konjunktur der Armutsforschung. Trotzdem fällt auf: So richtig hat die Armutsforschung die deutsche Sozialethik nicht erreicht. Sozialethikerinnen und -ethiker sucht man unter den Armutsforschern vergeblich.

Sicherlich war das Gemeinsame Wort »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« von 1997 ein wichtiger Meilenstein in den sozialpolitischen Stellungnahmen der Kirchen. Vielleicht war es auch der Höhepunkt christlicher Sozialethik in den letzten Jahrzehnten mit einem ernsthaften Bemühen, den »Rückbau des Sozialstaates« zu verhindern. Danach drängt sich der Eindruck auf, dass es bei den Kirchenleitungen und ihren sozialetischen Beratern viel Faszination gegeben hat für angebliche Modernisierungskonzepte um die Agenda 2010 und eine merkwürdige Ideologie von Eigenverantwortung.¹

Möglicherweise gehört es eben doch zur Armutsforschung, näher an die Lebenswelt der Armen heranzurücken. Der Appell an Eigenverantwortung hört sich mit den Ohren von Arbeitslosen und Ausgegrenzten anders an als mit denen, die distanziert über Modernisierungsprozesse nachdenken. Die grundsätzliche, manchmal etwas arg abstrakte Sozialstaatsdebatte lässt sich vielleicht doch leichter führen als so konkrete aufdringliche Fragen wie die Höhe eines gesellschaftlichen Existenzminimums, die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, die 2,5 Mio Kinder unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau besser abzusichern, die Auswirkungen von Gesundheitsreformen auf die Armen zu überprüfen oder die Diskussion um Beteiligungs- und Bildungsgerechtigkeit an so konkreten Fragen festzumachen, wie sich ein Anteil von 1,76 € im

(1) Eher exemplarisch sei verwiesen auf das Impulspapier eines Beraterkreises der deutschen Bischöfe »Das Soziale neu denken« von 2003.

Kinderregelsatz für Schulmaterial zu einem Aufwand von 4,9 Mrd. € für Nachhilfe in Deutschland verhält. Erny Gillen, dem Präsidenten der Caritas Luxemburg, ist zuzustimmen, wenn er sagt: »Dort, wo Caritasarbeit konkreter Not begegnet, identifiziert sie die Ansatzpunkte der Sozialethik und bedingt damit deren Erdung und Ortung. Soziale Not ist ein multidimensionales Phänomen und bedarf damit vielfältiger Übersetzungen. ... Diese (die Gesellschaft, Einf.) zu verändern, damit sie sich inkludierend und nicht exkludierend verhält, gehört zu den gemeinsamen Zielen des anwaltschaftlichen Einsatzes der Caritas und einer politisch aktiven Sozialethik« (Gillen, 2007,13).

Ein durchaus neuer und gleichzeitig zentraler Punkt in der sozialpolitischen Debatte ist das Bildungsthema. Erfreulich ist, dass Sozialethik und Wohlfahrtsverbände derzeit die Entdeckung machen, dass Bildungspolitik auch unter sozialer Perspektive betrachtet werden muss bzw. dass Bildung eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Inklusion ist und von daher die Bildungspolitik Teil einer umfassenden insbesondere präventiven Sozialpolitik sein muss. Wie in kaum einem europäischen Land konnte sich im Deutschland der letzten Jahrzehnte das Bildungssystem jenseits von sozialen Fragen entwickeln. Seit PISA und andere Untersuchungen festgestellt haben, wie sehr das Bildungssystem zur Verfestigung sozialer Herkunft führt, rückt Bildung zunehmend in den Fokus der Aufmerksamkeit von Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern. In der deutschen Caritas wird das sichtbar an der Befähigungsinitiative »Mach dich stark für starke Kinder!« und auch an einer ersten bildungspolitischen Positionierung des Vorstandes unter dem Titel »Gleiche Bildungschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche« (Caritas 2007, 35ff.). Eine stärkere Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik ist eine Aufgabe der nächsten Jahre.

Dabei gibt es Bedarf und Notwendigkeit auch für innerkirchliche Debatten. Das kirchliche Bildungsengagement speist sich über weite Strecken nicht aus dem Motiv der Armutsbekämpfung. Wenn Bistümer diskutieren und entscheiden, den Fortbestand von

Kindergartengruppen am Katholikenanteil festzumachen und nicht an ihrem diakonischen Auftrag, dann werden Motive deutlich erkennbar. Möglicherweise leisten viele kirchliche Bildungseinrichtungen – zugegebenermaßen wohl eher ungewollt – einen Beitrag zur gesellschaftlichen Segregation und nicht zur Integration. Man wird auch zukünftig wohl eher auf bischöfliche Gymnasien als auf ernsthafte Versuche stoßen, integrierte Gesamtschulen in kirchlicher Trägerschaft zu entwickeln. In den kürzlich erschienenen Memoiren von Hartmut von Hentig kann man lesen, wie Ende der 60er Jahre um den Aufnahmeschlüssel der Bielefelder Laborschule gerungen wurde: »60 Prozent Kinder aus der sogenannten Unterschicht, 35 Prozent aus der Mittelschicht, 5 Prozent aus der Oberschicht, weiter 50 Prozent Jungen und 50 Prozent Mädchen, dazu Quoten für Ausländer, Behinderte und Geschwister, falls solche hier angemeldet werden« (Hentig 2007, 286). Wo gibt es solche Debatten fast 40 Jahre später im kirchlichen Bildungssystem?

Im Sinne einer Bildungspolitik als präventive Sozialpolitik geht es um sehr konkrete Fragen. Um Fragen, wie hoch die Kosten von Bildungsbeteiligung in Deutschland sind und welche Familien diese überhaupt tragen können, um die Frage, ob erfolgreiche Bildungsverläufe in Deutschland nicht weitgehend an das Modell der Normalfamilie mit überwiegender Männererwerbsarbeit gekoppelt sind, um die Frage, ob es überhaupt Lösungen innerhalb eines Bildungssystems mit so früher Selektion für die sozialen Fragen gibt usw. Angesichts unseres Bildungssystems könnte man scharf formuliert fragen, ob die Erfahrungen in Förder-, Haupt- und Berufsschulen nicht eher dazu verleiten, dafür einzutreten, dass als Bildungsziel aufgenommen werden sollte, jungen Menschen Kompetenzen für ihr Leben im Prekariat zu vermitteln? Also: Bildung wird immer mehr zu einer zentralen sozialpolitischen und sozialetischen Frage. Eine praxisinteressierte Sozialethik wird aufmerksam die verbandlichen Entwicklungen und Debatten in Caritas und Diakonie verfolgen und sich engagiert an ihnen beteiligen.

⇒ **Literaturverzeichnis**

Sekretariat der DBK (Hg.) (2003): Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik, Bonn.

Kirchenamt der EKD (Hg.) (2006): Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Gütersloh.

Gillen, Erny (1997): Sozialethik und Caritas bedingen sich gegenseitig, in: neue caritas H. 7, 9-13.

Hentig, Hartmut von (2007): Mein Leben – bedacht und bejaht. Schule, Polis, Gartenhaus, München.

Kirchenamt der EKD; Sekretariat der DBK (Hg.) (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover- Bonn.

Manderscheid, Hejo; Hake, Joachim (Hg.) (2006): Wie viel Caritas braucht die Kirche – wie viel Kirche braucht die Caritas?, Stuttgart: Kohlhammer.

[Caritas] Vorstand des Deutschen Caritasverbandes (2007): Gleiche Bildungschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche, in: neue caritas H. 9, 35-43.

Wohlfahrt, Norbert (2005): Die Caritas als kirchlicher Wohlfahrtsverband unter veränderten sozialwirtschaftlichen Bedingungen, in: Gabriel, Karl; Ritter, Klaus (Hg.): Solidarität und Markt. Die Rolle der kirchlichen Diakonie im modernen Sozialstaat, Freiburg: Lambertus, 69-86.